

Backnanger Kreiszeitung

Murrthal-Bote  Backnanger Tagblatt
 Amtliches Bekanntmachungsblatt für den Rems-Murr-Kreis und die Große Kreisstadt Backnang

Nummer 153

Mittwoch, 6. Juli 2022



Zusteller
(m/w/d)
gesucht
Telefon 0 71 91/808-112
Backnanger Kreiszeitung

www.bkz.de • € 2,30 E 1445 A

Lokales

Stadt und Kreis



Foto: Alexander Becher

21 | Ärger um Spielplatz

Weil der Betrieb auf einem Spielplatz in Maubach manchen zu laut ist, gab es bei der Backnanger Stadtverwaltung Beschwerden. Der Ortschaftsrat hat daraufhin beschlossen, ein Hinweisschild mit der Bitte um Rücksichtnahme anzubringen. Das eckt an.



Archivfoto: Edgar Layher

21 | Klinikchef geht

Nach sieben Jahren verlässt Geschäftsführer Marc Nickel die Rems-Murr-Kliniken. Hintergrund ist offenbar ein Streit mit den Chefärzten. Interimsweise übernimmt der kaufmännische Leiter André Mertel.

22 | Chance für die Windkraft

Wenn das Drehfunkfeuer bei Affalterbach abgeschaltet wird, existiert ein Hindernis weniger für den Windkraftausbau im Nordwesten des Rems-Murr-Kreises. Die Kreisverwaltung lieferte dazu im zuständigen Ausschuss einen Bericht.

Reims-Murr-Sport

10 | Turnerinnen steigen auf

Eine kurze, aber erfolgreiche Saison liegt hinter den Turnerinnen der SG Weissach im Tal. Sie haben mit einem Minikader den Titel in der Landesliga gewonnen und steigen somit in die Verbandsliga auf.

Ihr direkter Draht zu uns

- Anzeigen 0 71 91 / 808-114**
anzeigen@bkz.de
- Vertrieb 0 71 91 / 808-138**
leserservice@bkz.de
- Redaktion 0 71 91 / 808-170**
redaktion@bkz.de

4 | Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
12401,20 Pkt. - 372,18 Pkt.	3354,22 Pkt. - 92,59 Pkt.	1,0290 Dollar - 1,65 Cent

19 | Wetter

 **Mittags 25° | Nachts 14°**
Es wird überwiegend sonnig und niederschlagsfrei



Karrieresprung für Melnyk?

Der streitbare Botschafter der Ukraine in Deutschland, **Andrij Melnyk**, könnte abberufen werden – und Karriere im Außenministerium der von Russland überfallenen Ukraine machen. In Deutschland stand Melnyk zuweilen in der Kritik wegen seiner unverblühten Art.



Foto: Lichtig/achim Zuregath

Viele Bürger im Land schnallen den Gürtel bereits enger

BaWü-Check Eine neue Umfrage der Südwestverlage belegt: Die meisten Baden-Württemberger üben wegen der hohen Inflation Konsumverzicht – und die Zukunftssorgen wachsen insgesamt.

VON RAINER PÖRTNER

STUTT GART. Die meisten Bürger in Baden-Württemberg fühlen sich durch die aktuellen Preissteigerungen stark belastet. Viele schränken sich bereits deutlich ein und üben Konsumverzicht, um die Folgen der Inflation für sich persönlich abzufedern. Dies sind zwei zentrale Erkenntnisse des neuen BaWü-Checks, einer Untersuchung des Allensbach-Instituts im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Siebzig Prozent der befragten Baden-Württemberger sagen, dass sie die gestiegenen Preise als starke oder sogar sehr starke Belastung empfinden. Davon nehmen 24 Prozent die Inflation als besonders gravierend wahr. Auch wenn die Preissteigerungen nahezu jeder spürt, ist die persönliche Betroffenheit sehr unterschiedlich: In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent sehr stark oder stark belastet, in den höheren Einkommensgruppen deutlich weniger – nämlich 56 Prozent.

Als besondere Zumutung empfindet die Bevölkerung die höheren Kosten für Benzin,

70
Prozent der befragten Baden-Württemberger fühlen sich durch die Preissteigerungen der letzten Monate stark oder sogar sehr stark belastet.

7,6
Prozent – um diesen Wert stiegen die Verbraucherpreise im Juni nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Vergleich zum Vorjahr.

Strom, Lebensmittel und Heizen. Entsprechend versucht ein Großteil von ihnen, gerade hier sparsamer zu sein. 53 Prozent schränken sich derzeit beim Autofahren ein, indem sie versuchen, Sprit zu sparen. 51 Prozent haben ihre Restaurantbesuche reduziert, 48 Prozent schränken sich beim Kauf von Kleidung ein, 44 Prozent beim Urlaub und 43 Prozent beim Kauf von Lebensmitteln. Ebenso viele drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit.

Im Juni stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland um 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Mai hatte die Inflationsrate bei 7,9 Prozent gelegen. Möglicherweise haben staatliche Maßnahmen wie der Tankrabbat und das Neun-Euro-Ticket einen weiteren Anstieg der Inflation verhindert. Die Experten rechnen aber noch auf längere Sicht mit hohen Inflationsraten. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte am Montag eine konzentrierte Aktion von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern gestartet, mit der die schädlichen Wirkungen der Inflation abgemildert werden sollen.

Leitartikel

Dem Land droht massiver Mangel bei Betreuung

Eine Studie sieht große Defizite, der Ministerpräsident verweist auf ein aufgestocktes Studienangebot.

STUTT GART. Für den Ausbau der Betreuung an Grundschulen fehlen Baden-Württemberg nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bis 2030 zwischen 6000 und 12 400 Betreuer. Verbände und Gewerkschaften im Land reagierten mit der Forderung nach einer Fachkräfteoffensive auf die Untersuchung. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) verwies darauf, dass an den Pädagogischen Hochschulen bereits neue Studienplätze aufgebaut würden.

Der Regierungschef sieht die Personalücke aber vor allem in der demografischen Entwicklung begründet: „Wo ich hinkomme, in jeder Branche gibt es Fachkräftemangel.“ Hoffnung auf eine schnelle Lösung des Problems machte er nicht. „Zaubern können wir nicht“, sagte Kretschmann.

Kommentar

Versorger sind die neuen Banken

Wenn große Energieunternehmen angesichts der Gaskrise zu kollabieren drohen, muss der Staat sie retten.

VON THORSTEN KNUF

In Politik und Wirtschaft wird in diesen Wochen wieder häufig an das Lehman-Debakel erinnert. Im Jahr 2008 war die US-Investmentbank Lehman Brothers kollabiert und brachte zahlreiche Kreditinstitute ins Wanken, die die Staaten mit gigantischen Milliardensummen retten mussten.

Nun werden Parallelen dazu gezogen wegen der stark reduzierten Gaslieferungen nach Deutschland im Zuge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Energiekonzern Uniper, hierzulande der größte Gashändler, ist in Schieflage geraten und bittet den Staat um Hilfe. Die Regierungskoalition in Berlin ändert unter Hochdruck das Energiesicherungsgesetz. Unter anderem soll ein Staatseinstieg bei Energieunternehmen möglich werden. Fällt Uniper um, könnten Stadtwerke und Regionalversorger folgen. Es geht um die Sicherheit der deutschen Energieversorgung insgesamt.

So gesehen sind große Energieunternehmen die neuen Banken. Man muss sie nicht mögen. Aber sie sind systemrelevant. Der Staat kann gar nicht anders, als sie notfalls zu retten. Es müssen aber klare Regeln gelten. Steigt der Staat ein, muss er sich auch wieder zurückziehen und seine Anteile möglichst gewinnbringend am Markt veräußern, sobald die Umstände das zulassen.

Und: Hilfen gibt es nur gegen die Zusage, dass das Unternehmen so schnell wie möglich die fossilen Energien hinter sich lässt und sich ganz der Energiewende verschreibt.

Kretschmann pocht auf Polizeistudie

Der Ministerpräsident will klären lassen, ob der Personalrat der Polizei die Untersuchung blockieren kann.

STUTT GART. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann will das Veto der Polizei im Südwesten gegen die bundesweite Studie zu „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag“ von Polizisten nicht hinnehmen. „Wir wollen, dass diese Studie gemacht wird“, sagte Kretschmann. Er wolle klären lassen, ob der Hauptpersonalrat der Polizei tatsächlich die Möglichkeit habe, die Teilnahme der Beschäftigten der Polizei an der Studie zu blockieren.

Der Hauptpersonalrat wehrt sich dagegen, dass ein Online-Fragebogen der Deutschen Polizeihochschule an die Dienststellen verteilt wird. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hält das Veto für völlig nachvollziehbar. Der Hauptpersonalrat sei nicht dazu da, den Willen der Politik zu exekutieren, sagte Gewerkschaftschef Rainer Wendt. dpa

Staat will angeschlagenen Energieversorgern helfen

Das Energiesicherungsgesetz soll geändert werden. Ziel sei es mit Blick auf den Winter, die „grundlegende Versorgung aufrechtzuerhalten“.

BERLIN. Das Bundeskabinett hat Änderungen am Energiesicherungsgesetz beschlossen. Die Gasversorgung im Fall sich verschärfender Bedingungen soll gesichert werden. „Die Lage am Gasmarkt ist angespannt, und wir können eine Verschlechterung der Situation leider nicht ausschließen“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Es gehe darum, im Winter die „grundlegende Versorgung aufrechtzuerhalten und die Energiemärkte, solange es geht, am Laufen zu halten“. Der Bundestag soll sich nun mit der Gesetzesänderung befassen.

Vorgesehen ist zum einen ein Schutzschirm für Energiefirmen, die der kritischen Infrastruktur zugerechnet werden – dazu sollen Stabilisierungsmaßnahmen bis hin zum Einstieg des Staates vereinfacht werden. Zum anderen soll es Energieversorgern entlang der Lieferkette, die von hohen Preisen betroffen sind, ermöglicht werden, die

hohen Preise weiterzugeben. Es gibt bereits einen solchen Preismechanismus im Energiesicherungsgesetz, nun soll es auch einen Umlagemechanismus geben, bei dem die Mehrkosten für die Ersatzbeschaffung von Gas über eine Umlage auf alle Gaskunden verteilt werden. Beide Mechanismen zur Preisanpassung seien „scharfe Schwerter“ und Instrumente, „die wir noch nicht nutzen wollen“, sagte Habeck. Mit der Gesetzesnovelle wird aber die Voraussetzung geschaffen, sie einzusetzen.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) warnt vor Folgen von Gasmangellage im Winter für Arbeitnehmer. Er gehe davon aus, dass zahlreiche Unternehmen, die Gas für ihre Produktion brauchen, dann ihren Betrieb einstellen müssten. „Da geht es im Ernstfall um Tausende von Arbeitsplätzen.“ AFP/dpa

Britische Minister treten zurück

LONDON. Aus Protest gegen die Amtsführung des britischen Premierministers Boris Johnson reichten Finanzminister Rishi Sunak und Gesundheitsminister Sajid Javid nach einer Reihe von Skandalen innerhalb der Regierung und der konservativen Tory-Partei ihren Rücktritt ein. Ihm sei „klar, dass sich die Situation unter ihrer Führung nicht ändern wird, und Sie haben deshalb mein Vertrauen verloren“, betonte Gesundheitsminister Javid in seinem Rücktrittsschreiben an Johnson. Die Öffentlichkeit erwarte „zu Recht, dass die Regierung ordentlich, kompetent und seriös geführt wird“, schrieb Finanzminister Sunak. „Ich glaube, dass diese Standards es wert sind für sie zu kämpfen, und deshalb trete ich zurück.“ AFP